

OA-Update 2023/17 | Stand: 30. November

Sanktionen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Mitte November sind Vorschläge der EU-Kommission für das 12. Sanktionspaket gegen Russland öffentlich. Darin enthalten sind die erwarteten Verbote des Diamantheadels und Verschärfungen zum Ölpreis-Deckel, weitere neue Export- und Importverbote sowie umfangreiche neue Sanktionen gegen Personen und Unternehmen. Gerechnet wird weiterhin damit, dass das Sanktionspaket vor Jahresende veröffentlicht wird. Allerdings gestalten sich die Abstimmungsgespräche mit den EU-Mitgliedsstaaten offenbar aufwendiger als zunächst gedacht. Für Diskussionen sorgt unter anderem ein Vorstoß, den Export sensibler Güter weiter zu erschweren und dazu die Vorschriften für Kunden aus bestimmten Ländern bis hin zur Einrichtung von Treuhandkonten auszuweiten. Die Kernpunkte des Dokuments und den Diskussionsstand haben wir Ihnen in diesem Update zusammengefasst.

Unterdessen gibt es weiterhin Meldungen, über die Umgehung bzw. Missachtung von EU-Sanktionen. Eine neue Studie unter Beteiligung von Corisk hat dazu Handelsströme in bestimmte Drittländer ausgewertet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bittet um eine Kommentierung der Studienergebnisse.

Finnland schloss inzwischen angesichts stark steigender Zahlen von Migranten seine Grenzen zu Russland. In Russland wiederum sorgte eine Meldung für Aufsehen, nach denen eine Art Gesinnungsprüfung für Ausländer eingeführt werden könnte, die das Land bereisen wollen. Hier alle Themen in der Übersicht:

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps&Links](#)



1. Ost-Ausschuss

Handelszahlen Januar bis September 2023 – Globale Konjunkturschwäche wirkt sich auch auf den Osthandel aus

Die Zeiten massiver Exportanstiege Richtung Zentralasien gehen offenbar zu Ende. Stark gestiegene Zahlen hatten in den vergangenen Monaten den Verdacht geweckt, hier würden deutsche Exporte in großem Stil über Zentralasien und den Südkaukasus Richtung Russland umgeleitet. Die Auswertung der September-Handelszahlen des Statistischen Bundesamts durch den Ost-Ausschuss deutet auf eine Abschwächung bzw. Umkehr dieses Trends hin. So sanken die deutschen Exporte nach Kasachstan im Vergleich mit September 2022 um fast 25 Prozent, die Ausfuhren nach Armenien gaben sogar um 33 Prozent nach. Die Exporte nach Kirgisistan legten moderat um ein Prozent zu. Hier die Handelstabellen: [Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Cathrina Claas-Mühlhäuser, Vorsitzende des Ost-Ausschusses, kommentierte in einem Statement die Entwicklung des deutschen Osthandels nach dem dritten Quartal folgendermaßen:

„Auch der deutsche Osthandel bekommt den globalen konjunkturellen Gegenwind zu spüren. In den neun Monaten Januar bis September 2023 sank der nominale Warenaustausch mit den 29 Ost-Ausschuss-Ländern im Vergleich zu den ersten drei Quartalen des Vorjahres um 5,4 Prozent. Im September lag das Handelsvolumen mit den 29 Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens sogar um zehn Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Der Osthandel schnitt dabei aber noch deutlich besser ab, als der deutsche Außenhandel insgesamt (-14,4 Prozent). Der wertmäßige Rückgang ist zum Teil auf deutlich gesunkene Export- und insbesondere Importpreise zurückzuführen.

Der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine verändert die Struktur des deutschen Außenhandels mit der Region. Russland verliert weiter an Boden, während andere Märkte aufholen. Im September 2023 war der deutsche Warenaustausch mit der Ukraine (840 Millionen Euro) größer als mit Russland (810 Millionen Euro).

Das Gebot der Stunde ist es, außenwirtschaftliche Hürden konsequent abzubauen und keine neuen zu errichten. Dazu gehört auch die Durchlässigkeit der Grenzen für den Warenverkehr. Mit großer Sorge sehen wir daher die langen Wartezeiten für Lkw an der polnisch-ukrainischen Grenze und die jüngsten Blockaden durch polnische Spediteure. Hierzulande ist vor dem Hintergrund der Sanktionen eine Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und beim Zoll dringend erforderlich. Der Bearbeitungsstau bremst sonst den gesamten deutschen Außenhandel.“

Hier das vollständige Statement:

[Osthandel: Ukraine im September vor Russland | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Studie zu Sanktionsumgehungen und Handlungsempfehlung

Das Norwegian Helsinki Committee hat gemeinsam mit Corisk am 24. Oktober 2023 eine Studie zu Sanktionsumgehungen veröffentlicht. Darin wird auch Deutschland als Ausgangspunkt für Umgehungslieferungen in den Fokus genommen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ruft Unternehmen und Verbände dazu auf, die Studie und deren Ergebnisse einzuordnen. Dies betrifft insbesondere auch die Handlungsempfehlungen der Studie, die für kommende EU-Sanktionspakete relevant sein könnten.

Die Studie weist auf die Umgehung von Russland-Sanktionen über Drittländer hin. Demnach sei Deutschland das Land, das die höchsten Steigerungen von Exporten in Drittländer aufweist, die im Verdacht stehen, Sanktionen zu missachten. Insgesamt seien zwischen März 2022 und Mai 2023 Güter im Wert von fünf Milliarden Euro über den Durchschnittswerten hinaus von Deutschland in diese Drittländer geliefert worden. Litauen folgt mit 2,4 Milliarden und Polen mit rund 2 Milliarden Euro auf den Plätzen zwei und drei. Dahinter platzierten sich Frankreich (1,7 Milliarden) und die USA (1,4 Milliarden) (siehe ab Seite 24 der Studie). Allerdings wird in der Studie auch darauf hingewiesen, dass Deutschland unter den Ländern traditionell die intensivsten Handelsverbindungen mit der Region aufweist. Es fällt auf, dass bei den genannten Zahlen nicht berücksichtigt wurde, dass die EU-Sanktionen 2022 erst schrittweise eingeführt wurden, es Übergangsfristen gab und es sich bei den angeblich über den Durchschnitt hinaus gelieferten Gütern auch um nicht-sanktionierte Güter gehandelt haben dürfte.

In einer zweiten Auswertung wird in der Analyse der Handel mit 17 sanktionierten Gütern detaillierter betrachtet. Von diesen seien im Zeitraum Januar bis Juli 2023 Güter im Wert von rund 835 Millionen Euro über dem normalen Durchschnitt von Deutschland an die untersuchten Drittländer geliefert worden. Auch in dieser Statistik liegt Deutschland vorne, was angesichts der Auswahl (u.a. von Autos- und Autoersatzteilen) nachvollziehbar ist. Ob diese Güter tatsächlich alle zum Zeitpunkt der Datenerfassung sanktioniert waren (es gab und gibt hier Ausnahmeregelungen etwa für günstigere Automodelle) und ob diese tatsächlich auch nach Russland weitergeleitet wurden, ist anhand der Datenlage nicht zweifelsfrei ersichtlich.

Die Autoren kommentieren ihre Studienergebnisse folgendermaßen:

„Ausgehend von den Ergebnissen dieses Berichts glauben wir, dass ein zentrales Problem das Fehlen einer einheitlichen Compliance-Kultur innerhalb der Sanktionskoalition und in Europa im Allgemeinen ist. Dies sollte angesichts der weitreichenden und beispiellosen Natur der Russland-Sanktionen und der Geschwindigkeit, mit der sie eingeführt wurden, nicht überraschen. Es gibt eine Reihe von Lücken im Sanktionsnetz, die gestopft werden müssen, um Russlands Verstöße gegen das Völkerrecht einzudämmen. Diese Lücken haben auch direkte negative Auswirkungen auf die Unternehmen: Unternehmen, die sich an die Sanktionen halten und keinen illegalen Handel mit Russland treiben, laufen Gefahr, Marktanteile zu verlieren, was wiederum Konkurrenten zugutekommt, die durch direkten

oder indirekten Handel mit russischen Unternehmen oder anderweitig gegen geltende Beschränkungen gegen die Sanktionsvorschriften verstoßen.“

Folgende Handlungsempfehlungen geben die Autoren:

- **Bestimmung über Fahrlässigkeit.**
Wir halten es für entscheidend, dass die EU Verstöße gegen restriktive Maßnahmen (Sanktionen) auch dann unter Strafe stellt, wenn sie fahrlässig begangen werden, d. h. dass die Vollzugsbehörden juristische oder natürliche Personen, die gegen Sanktionen verstoßen, bestrafen oder verfolgen können, wenn sie wussten oder hätten wissen müssen, dass ihr Handeln zu einem Verstoß führen könnte.
- **Schließung der Belarus-Lücke.**
Obwohl die Sanktionen gegen Belarus verschärft und bis zu einem gewissen Grad mit den Russland-Sanktionen harmonisiert wurden und die letzten Maßnahmen im August 2023 eingeführt wurden, gibt es immer noch Unterschiede zwischen den beiden Systemen.
- **Das Loch in der EU stopfen.**
Eine große Anzahl sanktionierter kriegswichtiger Güter geht von Häfen und Flughäfen in der EU direkt nach Russland. Waren von EU-Anbietern werden dazu an Unternehmen oder Einzelpersonen aus Drittländern verkauft, während sich die Waren noch in der EU befinden. Anschließend werden sie von den Unternehmen oder Einzelpersonen aus den Drittländern an russische Geschäftspartner verkauft und direkt vom EU-Gebiet nach Russland transportiert.
- **Ausschaltung von Zwischenhändlern.**
Es gibt eine Reihe von Unternehmen, auch innerhalb der EU, die als Zwischenhändler für Ausfuhren fungieren, aber offenbar keine Konsequenzen zu befürchten haben, selbst wenn sie wiederholt gegen die Vorschriften verstoßen.
- **Anreize für Unternehmen schaffen.**
Unternehmen, die sich um Aufträge im Rahmen des international finanzierten Wiederaufbaus der Ukraine bewerben, sollten darüber informiert werden, dass nur Unternehmen, die sich an die Sanktionen halten, zur Teilnahme an den Ausschreibungen berechtigt sind.
- **Ausweitung der Ausfuhrgenehmigungsregelungen für militärische, Dual-Use- und andere kriegsrelevante Güter.**
Viele kriegsrelevante Güter und Güter mit doppeltem Verwendungszweck gelangen über Drittländer nach Russland, nicht zuletzt über Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion.
- **Quotenregelungen für Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion und ausgewählte andere Staaten.**
Eine Quotenregelung auf der Grundlage des historischen Handelsvolumens in den Jahren vor der umfassenden Invasion würde die Ausfuhr ausgewählter Waren auf

eine von dieser Basis abgeleitete Quote beschränken.

- Aktualisierung von Gesetzen und Instrumenten.
- Mehr Transparenz bei der Sanktionsdurchsetzung.
Die Mitglieder der Sanktionskoalition sollten Informationen über verhängte Geldbußen, eingeleitete Ermittlungen und Durchsetzungsentscheidungen im Zusammenhang mit Sanktionsverstößen veröffentlichen, soweit dies möglich ist, ohne die laufenden Ermittlungsarbeiten zu beeinträchtigen.

Die Publikation ist hier zu finden:

[Violations of export controls regarding war-critical goods to Russia - Norwegian Helsinki Committee \(nhc.no\)](#)

Schaeffler darf Werk in Russland verkaufen

Der fränkische Industrie- und Autozulieferer Schaeffler darf sein russisches Werk an eine Holding seines österreichischen Aufsichtsratsmitgliedes Siegfried Wolf verkaufen. In einer Erklärung genehmigte Kremlchef Wladimir Putin den Erwerb des Standortes in Uljanowsk an der Wolga durch die PromAvtoConsult, dies berichtet die Deutsche Presseagentur. Schaeffler, dessen Hauptsitz in Herzogenaurach ist, hatte im März 2023 über seine Verkaufsabsichten für das Werk in Russland berichtet. Damals stand allerdings die Genehmigung durch den Kreml noch aus. In dem Werk soll unter neuem Eigentümer die Produktion des Fahrzeugmodells GAZ Sadko unterstützt werden – eines Transporters, der auch vom russischen Militär verwendet wird, um Truppen und Geräte zu befördern.

Hinweispapier des BMWK zu Sorgfaltspflichten weiterhin nicht veröffentlicht

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hatte bereits vor einigen Wochen die Veröffentlichung eines Hinweispapiers zu unternehmerischen Sorgfaltspflichten bei der Sanktionsumsetzung angekündigt (wir berichteten). Die Veröffentlichung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Wir halten Sie dazu auf dem Laufenden.

FAQ zu allgemeiner Hinweispflicht bei Sanktionsverstößen

Das Bundeswirtschaftsministerium bietet unter diesem Link Auslegungshinweise zur Umsetzung der Russland-Sanktionen an (Stand 4.10.):

[Fragenkatalog zu den Russlandsanktionen.](#)

3. Europäische Union

12. Sanktionspaket

Dem Ost-Ausschuss liegt der Vorschlag der EU-Kommission für das 12. Sanktionspaket vor, mit dem die Kommission in den Abstimmungsprozess mit den Mitgliedsländern gestartet ist. Von den neuen Maßnahmen wären laut EU-Angaben Waren mit einem Volumen von insgesamt 5,3 Milliarden Euro jährlich betroffen. Wie bereits bekannt, soll der Handel mit russischen Diamanten verboten werden. Zudem gibt es umfangreiche neue Listungen von Personen und Unternehmen sowie Maßnahmen gegen die Umgehung des bestehenden Preisdeckels für russisches Rohöl. Hier die Details in der Übersicht:

- Diamanthehandel und Ölpreisbremse

Wie vielfach erwartet, gibt es das Verbot zum Diamantenhandel. Russland ist seit vielen Jahren einer der Marktführer auf dem globalen Diamantenmarkt. Das Land verfügt über 40 Prozent der weltweiten Reserven. Der Anteil Russlands an den weltweiten Exporten liegt bei elf Prozent. Bislang hatte Belgien, über das ein großer Teil des weltweiten Diamantenhandels läuft, EU-Sanktionen abgelehnt, hatte jedoch zuletzt ein Entgegenkommen signalisiert.

Geplant sind zudem Maßnahmen zur besseren Kontrolle des Ölpreisdeckels. Eine Methode zur Umgehung des Ölpreisdeckels ist es, Frachtkosten künstlich aufzublähen und im Gegenzug den Ölpreis nominell zu drücken. Die EU will derartige Tricksereien nun deutlich erschweren. Eine weitere Maßnahme zielt darauf ab, es Russland zu erschweren, eigene Transportmöglichkeiten für Öl aufzubauen. In den vergangenen Monaten hat der Kreml in eine Schattenflotte investiert, um das russische Öl selbst auf den Weltmarkt bringen zu können. Nach jüngsten Schätzungen soll Russland inzwischen 535 Tanker mit einem Durchschnittsalter von 23 Jahren betreiben, davon seien Zweidrittel nicht versichert. Mit diesen Schiffen kann das Land Öl direkt exportieren und so den Preisdeckel unterlaufen. Nach Informationen aus EU-Kreisen haben insbesondere griechische Reeder ältere Schiffe an Russland verkauft. Diese Praxis soll unterbunden werden. Mehr als drei Viertel der russischen Öltransporte werden Daten des Frachtanalyseunternehmens Kpler zufolge inzwischen ohne westliche Versicherungen abgewickelt. Mitte November hatte das US-Finanzministerium laut Handelsblatt-Informationen ein Schreiben an Schiffsmanagementgesellschaften geschickt und Informationen über 100 Schiffe angefordert, die im Verdacht stehen, gegen die Preisobergrenze zu verstoßen.

- Umgang mit Drittländern / Zwischenhändlern

Neu ist im Kommissionsvorschlag die Idee einer EU-Positivliste von Ländern, die ähnlich starke Kontrollen im Bereich Eisen und Stahl verfolgen. Das wäre eine Art „White List“ als Orientierung für die Industrie, aus welcher Region Stahlvorprodukte bedenkenlos bezogen werden könnten. Länder wurden hier aber noch keine genannt.

Gleichzeitig soll die Liste von sensiblen Gütern, deren Export verboten und bei Lieferungen in Drittländer besonders kontrolliert werden muss, ausgeweitet werden, z.B:

auf Chemikalien, Lithiumbatterien, Thermostate, Motoren und Servomotoren für Drohnen sowie Werkzeugmaschinen und Maschinenteilen, die zur Waffenproduktion eingesetzt werden könnte.

- Neue Import- und Exportverbote

Es soll zudem laut EU-Kommission neue Importverbote aus Russland für Metallprodukte, Kupferdrähte, Aluminiumzäune und LPG (Liquefied propane), das auch als Autogas bezeichnet wird, geben. Dafür hatte sich die polnische Regierung eingesetzt, offenbar, um bestehende Lieferverträge mit Russland beenden zu können. Auf das Land entfiel zuletzt ein Drittel der russischen LPG-Exporte, auch wenn die Menge leicht sank, wie die FAZ berichtet. Einen Teil der Einfuhren leitete Polen an die Ukraine weiter. LNG (Liquefied Natural Gas) ist hingegen trotz einer entsprechenden Forderung des Europa-Parlaments nicht in der Sanktionsliste enthalten.

- IT-Sektor

Die Weitergabe von Software für Unternehmen soll weiter eingeschränkt werden.

- Devisenkontrolle

Neu überlegt wird auch eine Devisenkontrolle für russische Unternehmen auf EU-Gebiet. Jede Überweisung aus dieser Richtung in ein Land außerhalb der EU soll genehmigungspflichtig werden.

- Personen-/Unternehmenslistungen

Die verschiedenen Listen von sanktionierten Personen und Unternehmen sollen nach dem Willen der EU-Kommission deutlich erweitert werden. Neu ist, dass auch Personen sanktioniert werden sollen, die von der Enteignung des Besitzes von EU-Bürgern/Unternehmen in Russland profitieren.

Ganze Länder werden laut dem Entwurf der EU-Kommission nicht sanktioniert. Hingegen sollen 31 einzelne Einheiten/Personen wegen Unterstützung des russischen Militärs neu gelistet werden, darunter auch Unternehmen aus Drittländern, die an Sanktionsumgehungen mitwirken. In der Vorschlagsliste enthalten sind auch einzelne Firmen aus Kasachstan (Limited Liability Partnership Aspan Arba, Limited Liability Partnership Da Group 22) und Usbekistan (Mvizion LLC, Alfa Beta Creative LLC, GFK Logistics Asia LLC) sowie China, Iran, Syrien, Singapur.

Neu gelistet werden sollen zudem 48 Personen und 73 Einheiten, wegen der Verletzung der Souveränität der Ukraine.

Mit den beschriebenen Maßnahmen ist die EU-Kommission in die Beratungen mit den EU-Mitgliedsländern eingestiegen. Deren Dauer ist ungewiss. Angestrebt wird, dass das 12. Sanktionspaket bis spätestens zum Jahresende unter Dach und Fach ist. Der Vorschlag der EU-Kommission kann beim Ost-Ausschuss angefordert werden.

Bloomberg: EU-Länder streiten über neue Auflagen für Exporte in bestimmte Drittländer

Nach Informationen der US-Nachrichtenagentur Bloomberg wird im Rahmen der Verhandlungen zum 12. EU-Sanktionspaket innerhalb der EU weiter darüber diskutiert, ob es besondere Maßnahmen gegen Drittländer geben soll, über die verhängte Sanktionen gegen Russland umgangen werden. Entscheidungsträger innerhalb der EU hätten laut Bloomberg vorgeschlagen, Importeuren vertraglich zu verbieten, besonders sensible Güter wie Halbleiter, die in Waffen oder deren Herstellung verwendet werden, an Russland weiterzuverkaufen oder ihnen diese zur Verfügung zu stellen. Um sicherzustellen, dass diese Regel eingehalten werde, solle eine Geldsumme auf einem Treuhandkonto hinterlegt werden. Außerdem sollten Verträge mit Unternehmen, die sich nicht an die Regel halten, gekündigt werden. Darüber hinaus wäre es für Exporteure verpflichtend, nationale Behörden über eventuelle Verstöße von Unternehmen aus Drittländern zu informieren.

Gegen dieses Vorhaben, Exporte in bestimmte Länder mit zusätzlichen Auflagen zu erschweren, sollen sich jedoch „diplomatische Gesandte einer Gruppe großer Mitgliedstaaten“ kritisch geäußert haben, berichtet die Berliner Zeitung, die den Bloomberg-Bericht aufgegriffen hat. Die Diplomaten hätten Zweifel an der rechtlichen Legitimität der Vorschläge und schätzten es als wenig praktikabel ein, derartige Garantien und Klauseln von Importeuren zu verlangen. Die kritischen Mitgliedstaaten beabsichtigen ebenfalls, den Geltungsbereich möglicher Klauseln zu beschränken und die Liste der Produkte, die von der vorgeschlagenen Maßnahme erfasst werden würden, einzuschränken, sollen informierte Quellen berichten. Sie äußerten zudem Bedenken, dass die vertraglichen Verpflichtungen europäische Unternehmen im Wettbewerb benachteiligen könnten. Dennoch gebe es auch Mitgliedstaaten, darunter auch die baltischen Länder, die die Vorschläge unterstützen würden.

Bei betroffenen Drittländern sei derzeit von Kasachstan, Serbien und der Türkei die Rede, da Moskau über sie an wichtige Güter für militärische Zwecke gelangen würde. Handelsdaten von Bloomberg würden zeigen, dass die Exporte von Kasachstan, Serbien und der Türkei, aber auch Armenien, Aserbaidschan und Usbekistan in der zweiten Hälfte dieses Jahres zwar zurückgingen, aber größtenteils immer noch über dem Vorkriegsniveau liegen würden. Allerdings kommen den Daten zufolge inzwischen mehr als 80 Prozent der ausländischen Käufe Russlands von Gütern mit hoher Priorität aus China und Hongkong, heißt es weiter. Auch über Länder wie Thailand und Malaysia habe Moskau neue Routen etablieren können.

[Neuer Bericht: EU-Pläne gegen Drittländer, die Russland-Sanktionen umgehen – es gibt Widerstand \(berliner-zeitung.de\)](#)

EU-Sondergesandter für Sanktionen besucht Kasachstan

Die Europäische Union (EU) lobt die Bemühungen Kasachstans, die Wiederausfuhr von sanktionierten Gütern mit doppeltem Verwendungszweck nach Russland zu verringern, sieht aber weiterhin Verbesserungsbedarf. Dies erklärte laut einem Bericht der Astana Times der internationale Sonderbeauftragte für die Umsetzung der EU-Sanktionen David O'Sullivan auf einer Pressekonferenz am 28. November in der kasachischen Hauptstadt Astana.

„Wir sind den kasachischen Behörden dankbar, dass sie die Wiederausfuhr von Gütern, die wahrscheinlich in russischer Militärausrüstung landen, eingeschränkt haben“, sagte demnach O'Sullivan. „Andererseits haben wir festgestellt, dass bei einigen Produkten die Wiederausfuhr nach Russland zugenommen hat“, so O'Sullivan.

Der Sonderbeauftragte sagte, dass es im Bereich der Spitzentechnologie, dem Bereich, dem die EU besondere Aufmerksamkeit schenkt, noch einiges zu tun gibt. Sullivan fügte hinzu, dass die Wiederausfuhr einen Wert von etwa 200 Millionen Euro (220 Millionen US-Dollar) pro Jahr hat. Er unterstrich den tödlichen Charakter des potenziellen Handels, da diese Produkte, wie er betonte, „direkt in Rüstungsgüter und Waffen eingehen“. Als Beispiel führte er integrierte Schaltkreise, Chips, Flash-Speicherkarten und optische Lesegeräte an, von denen „keines in Kasachstan hergestellt wird“.

„Der Zweck dieser Besuche besteht nicht darin, Länder davon zu überzeugen, unsere Sanktionen zu übernehmen oder sich ihnen anzuschließen, sondern mit ihnen zu erörtern, wie sie verhindern können, dass ihre Gerichtsbarkeit als Plattform für die Umgehung unserer Sanktionen oder als Plattform für die Bedienung des russischen militärisch-industriellen Komplexes genutzt wird“, sagte er. O'Sullivan ist bereits zweimal in Kasachstan gewesen. Usbekistan ist das nächste Ziel auf seiner Reise. Er hat Armenien, der Kirgisischen Republik, Serbien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei einen offiziellen Besuch abgestattet und plant für nächste Woche eine Reise nach Indien.

Ukraine hofft auf Verwendung eingefrorener russischer Gelder

Das bevorstehende 12. EU-Sanktionspaket enthalte auch Maßnahmen, die darauf abzielen, Russlands Fähigkeit zur Herstellung von Raketen und Drohnen zu unterbinden. Dies gab der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bei einem gemeinsamen Briefing mit dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union Joseph Borrell in Brüssel bekannt, berichtet Interfax-Ukraine.

„Vier wichtige Entscheidungen sind in Vorbereitung. Das von Joseph erwähnte Sanktionspaket - wir wissen die laufenden Bemühungen zu schätzen. Ich möchte ein besonderes Element dieses Sanktionsvorschlags hervorheben, und zwar Maßnahmen, die darauf abzielen, Russlands Fähigkeit zur Herstellung von Raketen und Drohnen zu unterbinden. Einige dieser Maßnahmen sind bereits in dem Paket enthalten, und wir freuen uns auf ihre Annahme durch die Mitgliedstaaten“, sagte Kuleba. Außerdem, so Kuleba, wird eine Entscheidung über die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte für den Wiederaufbau der Ukraine erwartet.

Als drittes Thema nannte die Ministerin die Entscheidung über die Einrichtung eines neuen ukrainischen Fonds, der der Ukraine makrofinanzielle Hilfe leisten soll. „Aber vor allem - das erste und wichtigste ist natürlich die Entscheidung, Verhandlungen über den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union aufzunehmen. Und ich kann bestätigen, dass Joseph und ich diese Frage eingehend erörtert haben“, sagte der Außenminister.

Er fügte hinzu, dass die Arbeit mit den Mitgliedstaaten zur Verabschiedung dieser Entscheidung fortgesetzt werde.

[ЕС готовит меры по подавлению способности РФ производить ракеты и беспилотники - Кулеба \(pravda.com.ua\)](http://pravda.com.ua)

Slowakei gegen EU-Sanktionen für Uran aus Russland

Der slowakische Außenminister Juraj Blanar droht damit, dass Bratislava das zwölfte Sanktionspaket der EU gegen Russland nicht unterstützen werde, sollte es die Einfuhr von russischem Kernbrennstoff verbieten. Das berichtet „Yahoo News“ unter Berufung auf die slowakische Nachrichtenagentur „Tasr“.

Eine rote Linie für uns ist erreicht, wenn die Sanktionen nicht den Kernbrennstoff einschließen, weil die slowakischen Kernkraftwerke noch nicht ausreichend umgewandelt wurden, um mit alternativem Brennstoff betrieben werden zu können“, sagte der Minister. Im slowakischen Fernsehen sagte Blanar, dass die regierende Partei SMER vom jüngst gewählten, europaskeptischen Premier Robert Fico eine Studie über die Auswirkungen der Sanktionen auf die EU und die Slowakei fordern werde, da sich die Sanktionen gegen Russland negativ auf die EU-Wirtschaft ausgewirkt hätten und es nicht gelungen sei, den Krieg zu beenden. Er fügte hinzu, dass Bratislava die finanzielle Hilfe für die Ukraine zwar unter bestimmten Bedingungen unterstütze, diese aber für den vorgesehenen Zweck verwendet werden müsse und nicht „verschwinden“ dürfe.

Erst kürzlich lehnte die SMER-Partei ein von ihrer Vorgängerin vorgeschlagenes Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 40,3 Mio Euro ab. Regierungschef Fico war schon im Wahlkampf mit äußerst milden Äußerungen gegenüber Putin und Russland in Erscheinung getreten, während er versicherte, die Ukraine-Hilfen einstellen zu wollen. Die Ernennung von SMER-Politiker Blanar zum neuen slowakischen Außenminister sorgte in der Ukraine für Schlagzeilen, da er die russische Aggression im Jahr 2014 als ukrainischen „Bürgerkrieg“ bezeichnet hatte – eine Behauptung, die von der russischen Propaganda oft verwendet wird, um die Beteiligung des Kremls zu verschleiern.

Finnland schließt fast alle Grenzübergänge zu Russland

Finnland wird bis auf einen alle Grenzübergänge zu Russland schließen, berichtet der finnische Ministerpräsident Petteri Orpo laut einem Bericht von Meduza. Vier der derzeit in Betrieb befindlichen Grenzübergänge wurden in der Nacht zum 24. November

geschlossen. Der Grenzübergang Raja-Jooseppi, der nördlichste Kontrollpunkt, ist der einzige, der weiterhin in Betrieb sein wird. Die Grenzübergänge werden Berichten zufolge bis mindestens zum 23. Februar geschlossen bleiben.

Das russische Onlinemedium Fontanka berichtet, dass die Flüchtlinge von Schleusern in Autos mit russischen und europäischen Kennzeichen zur Grenze gefahren werden. Der Service kostet 2.000 bis 3.000 Euro und umfasst ein offizielles Einladungsschreiben für den Erhalt eines Visums für Russland, ein Flugticket nach Minsk oder Moskau, den Straßentransfer nach St. Petersburg und die Weiterreise zur Grenze. Die Kosten für ein Fahrrad, das für den Grenzübertritt erforderlich ist, werden separat bezahlt, so die Quelle. Sowohl die finnischen Behörden als auch Analysten sind sich sicher, dass die Situation von Moskau künstlich herbeigeführt wurde. Sie erinnern an ähnliche Ereignisse in den Jahren 2015 und 2016, als sich Russland angeblich an Finnland rächte, nachdem es an NATO-Militärübungen teilgenommen hatte, sowie an die parallele Situation im Jahr 2021, als der weißrussische Staatschef Lukaschenko eine weitaus größere Migrationskrise an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen inszenierte. Die aktuelle Krise wird als Antwort Russlands auf den NATO-Beitritt Finnlands im April 2023 gesehen.

Mitte November hatte Finnland bereits vier seiner neun Grenzübergänge zu Russland geschlossen, nachdem die Zahl der Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten, die über die russische Grenze ins Land zu gelangen versuchen, stark zugenommen hatte. Im Zuge der Migrantenkrise an der finnisch-russischen Grenze hat das benachbarte Estland laut Euractiv erklärt, es plane, die aus Russland kommenden Migranten an der Grenze aufzuhalten, sagte der estnische Innenminister Lauri Läänemets am 23. November.

„In Finnland können sie den Grenzübergang erreichen, aber in Estland werden sie an der Staatsgrenze aufgehalten. Sie können also nicht auf estnischen Boden gelangen“, sagte Läänemets gegenüber den Medien im Hinblick auf mögliche Asylbewerber. Es sei einfacher, Einreisende an der Grenze in Estland zu stoppen, da sich die meisten Einreiseversuche auf die nordöstliche estnische Stadt Narva konzentrieren, wo die Grenze zwischen Estland und Russland entlang eines hundert Meter breiten Flusses verläuft und der einzige Grenzübergang die Narvajoki-Brücke ist.

Die Grenzbehörden würden die allgemeine Lage auf der Brücke verfolgen, so Veiko Kommusaar, Grenzdirektor der Polizei- und Grenzschutzbehörde PPA, gegenüber Yle. Wenn es den Anschein hat, dass die Neuankömmlinge Teil einer von den russischen Behörden inszenierten Operation sind, werden sie an der Grenze aufgehalten und dürfen nicht einmal nach Estland einreisen, um Asyl zu beantragen. Darüber hinaus sei Estland bereit, seine Grenzen zu schließen, wenn die Entscheidung Finnlands Druck auf die estnischen Grenzen verlagert. Man habe aber bis jetzt nicht entschieden, die Grenzübergänge an seiner Ostgrenze zu schließen, weil die Situation als nicht ernst genug angesehen wird.

[Finland to close all but one of its border crossings with Russia — Meduza](#)

[Wie Migranten über Russland nach Finnland gelangen – DW – 23.11.2023](#)

[Minister: Auch Estland wird Migrationsströme aus Russland stoppen – EURACTIV.de](#)

Finnische Firmen sollen Sanktionen umgangen haben

Nach Recherchen der FAZ und des finnischen Rundfunks YLE hat die finnische Firma HD-Parts LKW-Ersatzteile in großem Stil direkt aus Finnland nach Russland geliefert und damit bestehende EU-Sanktionen umgangen. HD steht für „Heavy Duty“, schreibt die FAZ, die Firma vertreibe Ersatzteile für Lastwagen, fast ausschließlich für die nordischen Marken Scania und Volvo. Demnach habe das Familienunternehmen in den vergangenen anderthalb Jahren Tausende Lastwagenteile im Wert von mehreren Millionen Euro nach Russland. Ein Großteil der Exporte sei offenbar illegal gewesen, da es sich um sanktionierte Güter gehandelt habe, darunter Kugellager, Filter und Druckmessgeräte, deren Export per EU-Verordnung verboten ist. HD-Parts bestreitet jeglichen Sanktionsbruch, doch Daten des russischen Zolls zufolge lieferte das Unternehmen allein im Juli dieses Jahres mehr als 5000 sanktionierte Teile nach Russland.

Seit März 2022 verbiete die EU den Export von Lastwagen und ihren Teilen. Die Sanktionsdetails seien kompliziert, genaugenommen sei der Export von Fahrzeugen mit einem Gewicht zwischen fünf und zwanzig Tonnen verboten, weiterhin der von Anhängern sowie jener von Teilen von Fahrzeugen, deren Wert 50.000 Euro übersteigt – was bei Lastwagen fast immer zutreffe. Auch der Export vieler spezieller Einzelteile wie Elektronik, Kugellager oder Achsen sei verboten. Faktisch sei damit der Export von beinahe allen Lastwagenteilen verboten, schreibt die FAZ. HD-Parts hat den Bruch von Sanktionen gegenüber der FAZ bestritten. Der Zoll habe jede Lieferung überprüft, teils auch eine Exportgenehmigung vom Außenministerium eingeholt. Man habe durchaus Teile auf Lager, die sanktioniert worden seien, doch diese würden nicht nach Russland exportiert. Unternehmenschef Lindqvist nannte „Übergangszeiten“ als Erklärung, demnach seien womöglich Produkte erst auf die Sanktionsliste gekommen, nachdem sie bereits verkauft worden seien.

Geliefert werden die Waren laut den der FAZ vorliegenden russischen Zoll Daten stets über den finnischen Flughafen Vantaa bei Helsinki. Der Flughafen sei auch bei mehreren anderen Unternehmen, die zuletzt sanktionierte Güter nach Russland lieferten, als Versandort eingetragen. Etwa im Fall der estnischen Firma Elmec Trade. Diese habe ebenfalls sanktionierte Güter im Wert von vielen Millionen Euro nach Russland, vor allem Elektronik.

Nach Informationen von YLE gibt es eine weitere finnische Firma, die im Bereich von Lastwagen Sanktionen unterlief: Das Unternehmen Idän Liikenteenvälitys mit Sitz in Lappeenranta soll mehrere gebrauchte Lastwagen von Scania und Volvo im Wert von mehreren Hunderttausend Euro trotz der Sanktionen nach Russland geliefert haben. Zollstatistiken zeigen, dass von Finnland nach Kasachstan und Kirgisistan zwischen 2002 und 2022 gerade einmal sechs Lastwagen exportiert wurden. Bis Ende August dieses Jahres stieg die Zahl auf knapp 190. Auch in anderen Bereichen nahm der Export nach Zentralasien stark zu. „

Mikael Wigell, Sanktionsfachmann am Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (FIIA) vermutet im Gespräch mit der FAZ, dass die meisten Unternehmen in Europa, die an Sanktionsverstößen beteiligt sind, von Russen gegründet

wurden oder von Russland kontrolliert würden. Dafür gebe es mehrere Beispiele. „Russland verfügt über ein illegales Netzwerk von Unternehmen, die Sanktionen in Europa brechen. Das Land baute das Netzwerk nach der Annexion der Krim auf und stärkte es nach Kriegsbeginn 2022“, so Wigell. Finnlands Außenministerin Elina Valtonen sagt im Gespräch mit der FAZ, die finnische Regierung sei sich der Sanktionsverstöße und Sanktionsumgehungen bewusst. Zoll und Polizei untersuchten Sanktionsdelikte. „Der Zoll hat mehr als 600 Ermittlungen zu Sanktionsverbrechen eingeleitet.“ Es handele sich um Ordnungswidrigkeiten, für die derzeit eine Freiheitsstrafe von bis zu vier Jahren verhängt werden könne.

EU-Parlament besorgt über Schlupflöcher bei Sanktionen gegen Russland

Das Europäische Parlament fordert eine strengere Durchsetzung der EU-Strafmaßnahmen gegen Russland. Die Abgeordneten riefen die EU-Staaten am 9. November in einer Resolution dazu auf, Schlupflöcher zu schließen und weitere Beschränkungen zu verhängen, berichtet die dpa. Derzeit wird an einem neuen Sanktionspaket gegen Russland wegen des Angriffs auf die Ukraine gearbeitet.

Die Abgeordneten weisen laut Mitteilung darauf hin, dass es Russland möglich sei, Maßnahmen wie die Preisobergrenze für Öl zu umgehen. So seien die EU-Importe von Erdölprodukten aus Ländern wie Indien, die mit russischem Öl hergestellt werden, stark gestiegen - eine Hintertür für den Kreml.

Für Russland ist die EU dem Parlament zufolge noch immer einer der Hauptabnehmer fossiler Brennstoffe, wegen anhaltender Einfuhren von flüssigem Erdgas (LNG) und Pipeline-Gas sowie verschiedener Ausnahmeregelungen für Ölimporte. Der EU-Markt müsse für russisches Öl und Gas geschlossen werden, heißt es in der Pressemitteilung des Parlaments. In der EntschlieÙung wird darauf hingewiesen, dass die EU-Importe von Erdölprodukten, die mit russischem Öl aus Ländern wie Indien hergestellt wurden, stark angestiegen sind, wodurch eine „Hintertür“ für russisches Öl in die EU geschaffen wurde, und dass EU-Komponenten ihren Weg nach Russland über Länder wie China, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kasachstan, Kirgisistan und Serbien finden.

Die Abgeordneten fordern die EU auf, die Aufsicht über die Umsetzung der Sanktionen auf EU-Ebene zu zentralisieren, die Koordinierung der Durchsetzung bestehender Sanktionen gegen russische Ölexporte zu verstärken, die Preisobergrenze für russisches Öl zu senken, ein vollständiges Einfuhrverbot für russisches Flüssiggas und Flüssiggas sowie ein vollständiges Verbot des Verkaufs und des Schleifens russischer Diamanten, die Einrichtung eines Systems zur Rückverfolgung der Herkunft von Diamanten sowie Sanktionen gegen den russischen Diamantenkonzern Alrosa.

In seiner EntschlieÙung fordert das Europäische Parlament die EU auf, mit den G7-Ländern zusammenzuarbeiten, um die Preise für russisches Öl und Erdölprodukte zu senken, indem ein vollständiges Verbot der Einfuhr von russischem Flüssigerdgas und Erdölgas sowie von Kraftstoffen und anderen Erdölprodukten aus Nicht-EU-Ländern verhängt wird, wenn diese Produkte mit russischem Öl hergestellt wurden. Das Parlament schlug außerdem vor, russische Öl- und LNG-Transporte durch EU-Gebiet zu verbieten.

Die Abgeordneten forderten die europäischen Länder außerdem auf, rasch legale Wege zu finden, um eingefrorene russische Guthaben zu beschlagnahmen und sie für den Wiederaufbau der Ukraine zu verwenden.

Die Resolution spiegelt die Meinung des EU-Parlaments wider und ist nicht bindend.

Die Resolution folgt auf den jüngsten Bericht, wonach Russland eine Milliarde Euro durch die „Ausnutzung“ der bulgarischen Ausnahmeregelung vom EU-Einfuhrverbot für russisches Rohöl auf dem Seeweg eingenommen hat.

Im Rahmen dieser Ausnahmeregelung gilt ein absolutes Verbot für die Ausfuhr von russischem Öl in EU-Länder, und Bulgarien darf nur dann in Nicht-EU-Länder exportieren, wenn das Öl aufgrund von Umwelt- und Sicherheitsrisiken nicht in Bulgarien gelagert werden kann. Aus dem Bericht geht hervor, dass die größte bulgarische Raffinerie, Neftochim Burgas, ihre Einfuhren von russischem Öl seit der Invasion erhöht hat, um russisches Rohöl mit hohen Preisnachlässen zu kaufen und es dann auf dem Weltmarkt zu verkaufen, auch an EU-Länder.

EP gegen Beschlagnahmung persönlicher Gegenstände bei Einreise von Russen

Das Europäische Parlament hat in seiner Resolution zu Sanktionen gegen Russland zudem die EU-Länder auffordern, bei der Einreise in die EU keine persönlichen Gegenstände und Fahrzeuge von Russen zu beschlagnahmen.

Anfang September gab die Europäische Kommission eine Klarstellung darüber heraus, wie die EU-Mitgliedstaaten ein Einfuhrverbot für eine lange Liste von Waren aus Russland, darunter auch Autos, anwenden sollten. Daraufhin verhängten Lettland, Litauen, Estland, Polen, Finnland und Norwegen ein Einreiseverbot für Autos mit russischen Nummernschildern.

[JOINT MOTION FOR A RESOLUTION on the effectiveness of the EU sanctions on Russia | RC-B9-0453/2023 | European Parliament \(europa.eu\)](#)

[Parliament wants tougher enforcement of EU sanctions against Russia | Nyheter | Europaparlamentet](#)

[European Parliament asks countries not to confiscate Russians' personal belongings, including cars, upon entry into E.U. — Meduza](#)

Griechen stoppen Öltransporte

Drei große griechische Reeder haben die Zusammenarbeit mit Russland eingestellt, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Die Firmen Minerva Marine, Thenamaris und TMS Tankers seien seit Jahrzehnten in Russland aktiv und hätten noch bis diesen Herbst russisches Öl und Brennstoffe aus seinen westlichen Häfen transportiert, so der Bericht. Grund für den Rückzug seien Sorgen wegen US-Sanktionen. Im Oktober haben die USA

erstmal Öltanker-Betreiber aus der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten sanktioniert, weil sie russisches Öl über der Preisobergrenze des Westens gehandelt haben.

Bulgarien hebt Exportquoten für russisches Öl auf

Lukoil Neftohim Burgas, der Betreiber der einzigen bulgarischen Erdölraffinerie, hat erklärt, dass die zwischen den Regierungsparteien erzielte Einigung über die Aufhebung der Exportquoten für Produkte aus russischen Rohölimporten zu einem Produktionsstopp würde. Das berichtet „seenews.com“.

„Die Aufhebung der Exportquoten für Erdölzeugnisse, die ab dem 1. Januar 2024 nicht mehr auf dem bulgarischen Markt verkauft werden können, ist faktisch gleichbedeutend mit der Aufhebung der Ausnahmeregelung bereits im Dezember 2023“, erklärte Lukoil Neftohim Burgas, Teil des europäischen Zweigs der russischen Lukoil, in einer Pressemitteilung. Die Streichung der Exportmöglichkeiten für bestimmte Produkte könnte zu einer raschen Überfüllung der Lager des Unternehmens führen und einen Produktionsstillstand erzwingen. Diese Situation stelle ein erhöhtes technologisches und logistisches Risiko für die Raffinerie dar und gefährdet die Kraftstoffversorgung des bulgarischen Marktes, warnte das Unternehmen. Lukoil Neftohim rief die zuständigen Institutionen zum Dialog auf, um eine tragfähige und risikofreie Lösung zu finden.

Ende letzter Woche hatten sich die beiden Regierungsparteien GERB-UDF und WCC-DB sowie die Bewegung für Rechte und Freiheiten (MRF), die das Kabinett unterstützt, auf ein schrittweises Auslaufen der Ausnahmeregelung geeinigt, welche die Europäische Kommission Bulgarien im Juni 2022 gewährt hatte. Es erlaubt dem Land, bis Ende 2024 Rohöl und Erdölzeugnisse auf dem Seeweg aus Russland zu importieren und Produkte auf der Basis von russischem Öl in Drittländer, einschließlich der Ukraine, zu exportieren.

Tschechien schlägt Reiserestriktionen für russische Diplomaten vor

Die EU-Mitgliedsstaaten diskutieren über Reisebeschränkungen für russische Diplomaten, nachdem sich die Tschechische Republik darüber beschwert hat, dass sich potenzielle Spione dank der grenzenlosen Zone der EU der Überwachung entziehen, berichtet die Financial Times. Der Kontext: Seit Russlands Einmarsch in der Ukraine haben die Regierungen Hunderte von russischen Diplomaten ausgewiesen, weil sie behaupteten, sie seien in Wirklichkeit Geheimdienstagenten. Andere stellen den Gesandten Moskaus jedoch weiterhin Visa aus, die ihnen Zugang zum Schengen-Raum und das Recht geben, sich in 24 der 27 Mitgliedstaaten sowie in der Schweiz, Norwegen und Island ohne Einschränkungen zu bewegen. Prag habe im Rahmen der Verhandlungen über das zwölfte EU-Sanktionspaket gegen Moskau, dem die Mitgliedstaaten noch zustimmen müssen, ein Papier mit Vorschlägen zur Verhinderung dieses Vorgehens in Umlauf gebracht.

Das mitteleuropäische Land hat im vergangenen Jahr mehr als 70 Russen ausgewiesen, die mit dem Krieg in der Ukraine und der angeblichen Beteiligung Russlands an einem

Angriff auf ein Munitionslager im Jahr 2014, bei dem zwei Menschen getötet wurden, in Verbindung stehen. Die Tschechische Republik möchte nun, dass russische Diplomaten Visa und Aufenthaltsgenehmigungen erhalten, die nur Reisen innerhalb des Gastlandes und nicht in den übrigen Schengen-Raum erlauben. Außerdem möchte sie, dass die EU nur noch biometrische Pässe akzeptiert, die schwerer zu fälschen oder mit gefälschten Identitäten in Verbindung zu bringen sind. Ein besonderes Problem, das von Prag angesprochen wurde, sind Beamte, die von Österreich ein Visum erhalten haben, um bei den UN-Institutionen in Wien zu arbeiten, und die dann in die Tschechische Republik oder in andere Länder reisen können. Die Debatte befindet sich laut Financial Times erst im Anfangsstadium, und aufgrund der komplexen rechtlichen Fragen sei es unwahrscheinlich, dass eine Änderung in dem derzeit diskutierten EU-Sanktionspaket enthalten sein wird.

Zypern will jetzt Sanktionsumgehungen stärker bekämpfen

Berichten zufolge hat die zyprische Regierung als Reaktion auf einen Mitte November veröffentlichten Bericht, wonach russische Geschäftsleute unter Verletzung der EU-Sanktionen Vermögenswerte in Millionenhöhe transferiert haben, die angeblich von zyprischen Buchhaltern und Unternehmensdienstleistern verwaltet wurden, eine „Null-Toleranz“-Haltung gegenüber Sanktionsverstößen zugesagt. Das zyprische Finanzministerium erklärte, es führe eine strafrechtliche Untersuchung durch und erhalte technische Unterstützung von der britischen Regierung, um eine Einheit zur Umsetzung von Sanktionen einzurichten.

Im Mai 2023 erhielt Zypern von der US-Regierung ein 800-seitiges Dossier über zyprische Personen und Einrichtungen, die den US-Sanktionen unterliegen, weil sie angeblich Russen geholfen haben, ihr Vermögen zu verstecken, mit der Absicht, dieses Dossier zur Verfolgung russischer Mittäter zu nutzen.

[Cyprus to clamp down as investigation reveals oligarchs moved assets after Ukraine invasion | Cyprus | The Guardian](#)

Sanktionsumgehung aus Europa über die Türkei

Türkische Unternehmen werden nach einem Bericht der Berliner Zeitung verdächtigt, die Güter, die sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich eingesetzt werden können, nach Russland und in andere Länder zu liefern, die sie nach Russland reexportieren könnten. Dazu gehören Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan.

Im Jahr 2021 hatte die Türkei sensible Waren im Wert von rund 25 Millionen US-Dollar in diese Länder beziehungsweise nach Russland geliefert. 2022 seien es knapp über 50 Millionen US-Dollar und 2023 bis zum September bereits 158 Millionen US-Dollar gewesen.

Die Zolldaten von Trade Data Monitor beinhalten 45 Warenkategorien, zu denen unter anderem Mikrochips, Kommunikationsgeräte und Teile wie Zielfernrohre gehören. Sie alle unterliegen Ausfuhrkontrollen der USA, der EU, Japans und Großbritanniens, die verhindern sollen, dass sie nach Russland gelangen.

Offizielle Daten aus der Türkei zeigen nach Angaben der Financial Times einen sprunghaften Anstieg der Ausfuhren von sensiblen Waren mit hoher Priorität in die ehemaligen Sowjetstaaten Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan. Die statistischen Ämter dieser Länder verzeichnen jedoch keinen entsprechenden Anstieg der Einfuhren aus der Türkei. Dies bestätigte laut Berliner Zeitung die Vermutung, dass sie nach Russland umgeleitet werden. Kasachstan habe zum Beispiel bis September dieses Jahres Importe von Gütern mit hoher Priorität aus der Türkei im Wert von 6,1 Millionen US-Dollar verzeichnet, während die Türkei im selben Zeitraum Exporte dieser Güter nach Kasachstan im Wert von 66 Millionen US-Dollar meldete.

„Bei einigen Drittländern wie der Türkei sind wir wirklich in einer schwächeren Durchsetzungsposition, als uns lieb ist“, zitiert die Financial Times die Direktorin des Energie-, Wirtschafts- und Sicherheitsprogramms des Thinktanks Center for a New American Security, Emily Kilcrease. Länder wie die Türkei müssten in ihrem eigenen Rechtsraum Durchsetzungsmaßnahmen ergreifen, um die konkreten Organisationen auszumachen, die an dem Transit beteiligt seien, schlägt sie vor.

Nicht nur die Türkei, sondern auch die Vereinigten Arabischen Emiraten würden von russischen Unternehmen oft als Zwischenstation für russische Unternehmen genutzt, um die Kontrollen zu umgehen, sagte laut Berliner Zeitung ein europäischer Sanktionsbeamter. Die Türkei werde insbesondere für die Beschaffung europäischer Waren genutzt.

[Neuer Bericht – trotz Druck der USA: Türkei liefert noch mehr verbotene Güter nach Russland \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/neuer-bericht-trotz-druck-der-usa-tuerkei-liefert-noch-mehr-verbotene-gueter-nach-russland-berliner-zeitung.de)

Tschechische Republik will das gesamte russische Immobilienvermögen einfrieren

Wie die tschechische Nachrichtenagentur CTK berichtet, hat die Tschechische Republik das Föderale Staatliche Unitaristische Unternehmen für Immobilienverwaltung im Ausland, das Russlands staatliches Immobilienvermögen im Ausland verwaltet, auf die nationale Sanktionsliste gesetzt. Der tschechische Außenminister Jan Lipavský erklärte, dass alle auf dem Gebiet der Tschechischen Republik befindlichen Vermögenswerte der Organisation eingefroren werden und jegliche kommerzielle Tätigkeit des Unternehmens, einschließlich der Vermietung von Immobilien, illegal ist.

Lipavský stellte klar, dass die Entscheidung der Regierung, das russische Staatsvermögen in der Tschechischen Republik einzufrieren, nicht für die Immobilien der russischen Botschaft gilt, die für diplomatische Aktivitäten genutzt werden. Er fügte hinzu, dass Einzelpersonen und Unternehmen, die diese Immobilien bereits gemietet haben, sie weiterhin nutzen können, die Mietzahlungen jedoch auf ein Konto überwiesen werden, auf das Russland keinen Zugriff hat.

Mazepin scheitert vor Gericht

Am 8. November hat das Gericht der EU in der Rechtssache T-282/22 den Antrag von Dimitry Mazepin auf Aufhebung seiner Sanktionierung durch die EU abgelehnt. Dies berichtet europeansanctions.com.

Herr Mazepin wurde vom EU-Rat am 9. März 2022 in die Liste aufgenommen, weil er Eigentümer und Geschäftsführer von Uralchem ist und am 24. Februar 2022 an einem Treffen mit Präsident Putin und anderen Geschäftsleuten teilgenommen hatte.

Das Gericht stellte fest, dass die EU zu Recht zu dem Schluss kam, dass Mazepin in Wirtschaftszweigen tätig war, die eine wesentliche Einnahmequelle für die russische Regierung darstellen, und dass er Handlungen oder politische Maßnahmen unterstützte, die die Souveränität der Ukraine untergraben, und bestätigte, dass der Wirtschaftszweig und nicht die Person eine wesentliche Einnahmequelle für die russische Regierung darstellen muss, und dass der Düngemittelsektor, in dem Mazepin tätig war, diese Voraussetzung erfüllt. Der Rat ist nicht daran gehindert, indirekte Steuern wie die Mehrwertsteuer als Einnahmequelle für die russische Regierung zu berücksichtigen. Dimitry Mazepin ist der Vater von Nikita Mazepin, der sein eigenes Verfahren in der EU und im Vereinigten Königreich angestrengt hat.

[War in Ukraine: the General Court confirms that the funds of Mr Dmitry Arkadievich Mazepin must remain frozen \(europa.eu\)](#)

EU-Gericht hebt Sanktionen gegen Milliardärssohn auf

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat entschieden, die gegen den russischen Geschäftsmann Alexander Pumpyanskiy, Sohn des Milliardärs Dmitri Pumpyanskiy, verhängten Beschränkungen aufzuheben, dies berichtet das russische Oppositionsmedium Meduza. Die Entscheidung wurde auf der Website des Gerichtshofs veröffentlicht. Die EU-Behörden verhängten im März 2022 als Reaktion auf den russischen Einmarsch in der Ukraine Sanktionen gegen Dmitri Pumpyanskiy, den Chef der Sinara-Gruppe und der TMK. Der Grund für die Beschränkungen war, dass TMK, zu dessen Management Pumpyanskiy gehört, mit russischen Behörden und Staatsunternehmen zusammenarbeitet. Der EU-Rat verlängerte daraufhin wiederholt die Beschränkungen. Im September 2023 wies das EU-Gericht die Klagen mehrerer russischer Geschäftsleute, darunter Pumpyanskiy und seine Familie, ab, die die Aufhebung der Sanktionen forderten, schrieb der Telegrammkanal The Sanctions Law.

Am 29. November entschied der EU-Gerichtshof, die Entscheidungen der Behörden zur Verlängerung der Sanktionen gegen Alexander Pumpyanskiy aufzuheben. Der EU-Rat konnte nicht nachweisen, dass Pumpyanskiy - Jr. Verbindungen zu seinem Vater und dessen Unternehmen unterhält, so dass er nicht länger als "eine Person, die die russische Regierung materiell oder finanziell unterstützt" angesehen werden kann, so das Gericht in seiner Entscheidung. Gleichzeitig weigerte sich das Gericht, Pumpyanskiy jr. 100.000 Euro als Entschädigung für den „moralischen Schaden, der ihm entstanden ist“, zu zahlen. Die

Bedingungen für die Aufhebung der Sanktionen gegen Alexander Pumpjanskiy, der seit 2016 Schweizer Staatsbürger ist, werden nicht genannt. Der EU-Rat kann die Entscheidung des Gerichts anfechten.

[CURIA - Dokumente \(europa.eu\)](#)

Tschechien will Sondergenehmigung für russische Grobstahlimporte verlängern

Der tschechische Industrie- und Handelsminister Jozef Síkela bestätigte, bei der EU einen Antrag auf eine Ausnahme für russische Stahleinfuhren von den EU-Sanktionen gestellt zu haben. Das Land könne den derzeitigen russischen Lieferanten nicht ersetzen. Konkret geht es um die Einfuhr von Grobstahlplatten. „In der derzeitigen Situation im Baugewerbe, zum Beispiel beim Bau von Brücken, können wir nicht auf sie verzichten“, sagte Síkela. Er fügte hinzu, dass nur noch wenige Lieferanten Stahlplatten herstellen. Er wies auch darauf hin, dass das Land nach anderen Lösungen suche, aber derzeit keine guten Lösungen vorlägen. Zudem sagte er, dass einige Lieferanten in China ansässig seien, deren Produkte jedoch nicht die erforderliche Qualität aufwiesen und deren Lieferungen unzuverlässig seien. Die derzeitige Ausnahmeregelung würde nur bis zum nächsten Jahr gelten. Ähnlich wie Belgien und Italien, die ebenfalls eine Ausnahmeregelung anstreben, möchte Tschechien eine Ausnahme für russische Stahlimporte bis zum Jahr 2028, berichtete die Tschechische Nachrichtenagentur.

Jana Dronská, Sprecherin des Unternehmens Vítkovice Steel, erklärte gegenüber der Tschechischen Nachrichtenagentur, dass ein Auslaufen der Ausnahmeregelung zu einer Krise in der tschechischen Bau- oder Automobilindustrie führen könnte.

Sanktionsübersicht zu Belarus

Auf dieser Seite von Germany Trade & Invest finden Sie eine aktuelle Zusammenfassung der Belarus-Sanktionen.

[Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen \(Listungen\) | Wirtschaftsumfeld | Belarus | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

4. Russland

Gesinnungsprüfung vor Einreise nach Russland?

Ausländer sollen eine „Loyalitätserklärung“ unterzeichnen, in der sie sich zur Achtung „traditioneller russischer Werte“ bekennen und sich verpflichten, keine „homosexuelle Propaganda“ zu betreiben. Dies berichten verschiedene Medien unter Berufung auf eine Meldung der russischen Nachrichtenagentur Tass. Diese wiederum beruft sich auf einen Gesetzesvorschlag des russischen Innenministeriums. Demnach soll die Einreise nach Russland nur gestattet werden, wenn die Besucher sich ausdrücklich an mehrere Verbote halten, die dem „Schutz der nationalen Interessen Russlands“ dienen. Das russische Innenministerium selbst hat die Gesetzesnovelle noch nicht kommentiert. Es heißt, dass sie demnächst in der Staatsduma begutachtet werden soll. Die Zeitung „Kommersant“ erinnerte in dem Zusammenhang daran, dass es schon 2021 einen Vorstoß des Innenministeriums bezüglich einer Einreiseerklärung gegeben habe.

In dem aktuellen Vorschlag werden bekannte Themen aufgezählt, wie sie seit einiger Zeit von offizieller Seite in der Öffentlichkeit massiv propagiert werden. Seit dem Beginn der Ukraine-Invasion im Vorjahr hat sich Russland international abgeschottet. Mit der „Loyalitätserklärung“ würde eine weitere Hürde errichtet. Verboten sei demnach die „Diskreditierung“ der staatlichen Politik Russlands, der staatlichen Organe und Beamtenschaft. Einreisende Ausländer dürften die Tätigkeit der Staatsorgane nicht stören. Einen wichtigen Punkt in der Auflistung nehmen die sogenannten „traditionellen russischen Werte“ ein, die der Westen laut offiziöser Darstellung angeblich zerstören wolle. Ausländer dürften in Russland keine „nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ propagieren und müssten das Konzept von der Ehe als Union zwischen Mann und Frau akzeptieren. Auch Unachtsamkeit gegenüber kulturellen Werten, der Umwelt sowie natürlichen Ressourcen werde geahndet. Die Anzweiflung der „historischen Wahrheit“ über den Kampf des sowjetischen Volkes gegen den Faschismus im Zweiten Weltkrieg werde ebenso untersagt.

Noch ist unklar, wie eine „Loyalitäts-Verletzung“ in der Realität bestraft werden würde. In Russland existieren Gesetze, die mehrere der oben genannten Inhalte bereits ahnden. Unmittelbarer Regulierungsbedarf dürfte daher kaum gegeben sein. Die „Loyalitätserklärung“ ist daher als Kontrollinstrument der Sicherheitskräfte und Einschüchterungsmaßnahme zu verstehen, schreibt die österreichische Presse. Der russische Staat gebe damit zu verstehen, dass auch Ausländer nicht von Verfolgung durch die Justiz ausgenommen sind. Zudem werde damit einmal mehr dem inländischen Publikum vorgeführt, dass alles Übel von außen komme. In den 2010er Jahren besuchten jährlich zwischen 24 und knapp 27 Millionen Menschen das Land. 2022 waren es nur noch acht Millionen.

[Nur „loyale“ Ausländer sollen nach Russland einreisen dürfen | DiePresse.com](#)

Russen dürfen eingefrorene Assets im Ausland gegen Guthaben ausländischer Firmen in Russland tauschen

Präsident Wladimir Putin hat jetzt ein Dekret unterzeichnet, das russischen Investoren die Möglichkeit bietet, ihre eingefrorenen Guthaben im Ausland gegen die eingefrorenen Guthaben ausländischer Unternehmen in Russland zu „tauschen“. Das schreibt Ostinsider Daily unter Berufung auf die „Moscow Times“.

Seit Moskaus Einmarsch in die Ukraine Ende Februar letzten Jahres haben westliche Länder eine Flut von Sanktionen gegen Russland verhängt, die den internationalen Zahlungsverkehr der russischen Banken blockieren und russische Vermögenswerte im Ausland einfrieren. Nach Angaben des Kremls sitzen Auslandsinvestitionen russischer Staatsbürger im Wert von mehr als 16 Milliarden US-Dollar im Ausland fest. Als Reaktion darauf hat Russland einige Vermögenswerte ausländischer Investoren und Unternehmen in seinem Land auf so genannten „Typ-C“-Konten gesperrt.

Dem Erlass zufolge können russische Bürger ihre gesperrten Vermögenswerte im Ausland bis zu einem Wert von 100.000 Rubel (etwa 1.000 Dollar) über einen freiwilligen Mechanismus gegen Gelder von diesen Konten eintauschen. Der Inhaber des Typ-C-Kontos, bei dem es sich nominell um ein ausländisches Unternehmen handelt, hat dann die Möglichkeit, den ausländischen Anteil zu erhalten, den der russische Investor zuvor im Ausland besaß. Es gibt jedoch keine Garantie dafür, dass die ausländischen Clearinghäuser Euroclear und Clearstream, die den Umtausch von Aktien abwickeln, kooperieren werden.

Seit dem Konflikt in der Ukraine im Februar 2022 haben westliche Länder zahlreiche Sanktionen gegen Russland verhängt. Russische Banken wurden vom internationalen Zahlungsverkehr blockiert und russische Vermögenswerte im Ausland eingefroren. Nach Angaben des Kreml sind umgerechnet mehr als 15 Milliarden Euro ausländischer Investitionen von russischen Bürgern im Ausland blockiert. Als Reaktion darauf sperrte Moskau einige Vermögenswerte ausländischer Investoren und Unternehmen in Russland auf Typ-C-Konten.

Dutzende westlicher Unternehmen haben sich aus Russland zurückgezogen oder ihre Vermögenswerte dort verkauft, um nicht mit den Sanktionen in Konflikt zu geraten. Der Kreml hat es ausländischen Unternehmen schwer gemacht, mit ihren Verkäufen Geld zu verdienen, und ist in einigen Fällen sogar dazu übergegangen, die Kontrolle über Unternehmen zu übernehmen. Im Juli beschlagnahmte Russland die russischen Tochtergesellschaften des französischen Joghurtherstellers Danone und des Bierunternehmens Carlsberg, Monate nachdem es dasselbe mit der deutschen Uniper und der finnischen Fortum getan hatte.

[Dekret in Russland unterzeichnet: Wladimir Putin lässt Tausch mit westlichen Vermögenswerten zu \(berliner-zeitung.de\)](#)

Russischer Staat verdient am Rückzug ausländischer Unternehmen

Die so genannte „Rückzugssteuer für ausländische Unternehmen“, die den russischen Markt verlassen, hat dem russischen Staatshaushalt nach Informationen der Zeitung Ivestija in den ersten neun Monaten des Jahres 65,8 Mrd. Rubel (675 Mio. Euro) eingebracht. Diese Angaben veröffentlicht demnach der russische Rechnungshof. Die Rückzugssteuer ist eine Sonderabgabe in Höhe von fünf bis zehn Prozent des Marktwerts. Die Steuer wird von der Regierung beim Verkauf von ausländischen Unternehmen verlangt.

[Безвозмездные поступления: сколько получит бюджет, источники доходов \(iz.ru\)](#)

Exodus der Mega-Marken

Von den 100 wertvollsten Marken der Welt sind nur noch neun in Russland aktiv, berichtet die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer unter Berufung auf einen Bericht der Wirtschaftszeitung Vedomosti. Das Blatt hatte die aktuelle **Markenwert-Rangliste** des US-amerikanischen Markenberaters Interbrand ausgewertet und folgende Konzerne ermittelt, die noch ganz oder teilweise in Russland tätig sind: YouTube (USA, 25. Platz des Rankings), Pampers (USA, 55.), L'Oreal (Frankreich, 57), Nestlé (Schweiz, 67.), Gillette und Colgate (USA, 72. bzw. 73.), Danone (Frankreich, 78.), Xiaomi und Huawei (China, 87. bzw. 92.).

Begrenzung für den Besitz ausländischer Wertpapiere

Als Reaktion auf die westlichen Sanktionen hat Putin ein Präsidialdekret erlassen, das den Umlauf ausländischer Wertpapiere einschränkt und den Wert ausländischer Wertpapiere, die eine Einzelperson besitzen kann, auf 100.000 Rubel (ca. 1000 Euro) begrenzt.

[Указ Президента Российской Федерации от 08.11.2023 № 844 · Официальное опубликование правовых актов \(pravo.gov.ru\)](#)

Carlsberg klagt gegen Enteignung in Russland - Verhaftung von zwei russischen Managern des Bierkonzerns

Der dänische Carlsberg-Konzern wehrt sich außerhalb Russlands mit juristischen Mitteln gegen die Enteignung seiner Betriebe. Ein Konzernsprecher bestätigte auf Anfrage der FAZ die Einleitung eines Schiedsverfahrens gegen Russland. Carlsberg sei zu dem Schluss gekommen, dass derzeit keine Verhandlungslösung mit Russland möglich sei: „Wir weigern uns, uns zu inakzeptablen Bedingungen zu einem Deal zwingen zu lassen, der die unrechtmäßige Übernahme unseres Geschäfts in Russland rechtfertigt“, bekräftigte Carlsberg abermals seine frühere Position vom Oktober. Das Unternehmen werde „alle möglichen Maßnahmen ergreifen“, um seine Mitarbeiter, Vermögenswerte und

Geschäfte zu schützen. Eine in einem Schiedsverfahren geforderte Entschädigung dürfte sich auf eine Milliardensumme belaufen.

Carlsberg hat laut FAZ als ausländischer Investor die Möglichkeit, nicht nur den Weg vor die staatlichen Gerichte in Russland zu wählen, welcher mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin nur wenig Aussicht auf Erfolg hätte. Wie mehrere Fachmedien berichten, haben sich der Mutterkonzern sowie die Tochtergesellschaften aus Schweden und Deutschland auf ein gemeinsames Investitionsschiedsverfahren geeinigt. Eine „Notice of Dispute“, also eine öffentliche Drohung mit einer Schiedsklage, wurde an die Regierung im Kreml gerichtet. Der Brauereikonzern aus Kopenhagen beruft sich dabei auf mehrere völkerrechtliche Abkommen, die das Königreich Dänemark und Russland zum Schutz von Direktinvestitionen abgeschlossen haben. Es geht konkret um zwei bilaterale Verträge zwischen den beiden Staaten aus den Jahren 1990 und 1993.

Für eine Schiedsklage bleibt Carlsberg der Gang vor das Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), einer bei der Weltbank in Washington angesiedelten Organisation, mit hoher Wahrscheinlichkeit verwehrt. Zwar hatte Russland 1992 ein entsprechendes Beitrittsabkommen unterzeichnet. In Kraft getreten sind die Regeln in dem Land nach Auskunft von Völkerrechtlern allerdings bis heute nicht. Die Kläger müssten ihre Ansprüche daher voraussichtlich entweder vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag (PCA) oder vor der Handelskammer in Stockholm (SCC) geltend machen.

Zwei Top-Manager des Brauerei-Unternehmens Baltika, das sich im Besitz des dänischen Unternehmens Carlsberg befand, bis Wladimir Putin Baltika unter „vorläufige Leitung“ stellte, wurden wegen des Verdachts auf Betrug im großen Stil verhaftet, berichtet das russische oppositionelle Online-Portal Meduza. Die Manager werden verdächtigt, die Rechte von dem russischen Unternehmen auf Carlsberg übertragen zu haben. Berichten zufolge handelt es sich bei den Verhafteten um Baltika-Präsident Denis Scherstennikow und Vizepräsident Anton Rogatschewski.

Den Ermittlern zufolge haben mehrere Baltika-Führungskräfte das Unternehmen geschädigt, indem sie im Interesse des dänischen Carlsberg-Konzerns handelten. Die Untersuchung geht davon aus, dass bereits vor Wladimir Putins Dekret zur Übertragung von Baltika an die Föderale Agentur für Vermögensverwaltung „einige zwielichtige Vorgänge“ im Gange waren.

Fontanka behauptet, dass ausländische Strukturen, die mit Carlsberg verbunden sind, angeblich immer wieder die Rechte für die Verpachtung der russischen Baltika-Marken erworben haben, die auch von einigen Unternehmen im Ausland hergestellt werden. Nach Angaben von Fontanka wurden die Rechte für jeweils 40 Jahre übertragen. Außerdem wurde nach Putins Dekret die Verpachtung der Biermarke Zatecky Gus, einer von russischen Marketingspezialisten entwickelten Marke, rückwirkend formalisiert.

[Two Baltika beer executives arrested on suspicion of transferring Russian brands to Carlsberg — Meduza](#)

Haftbefehl gegen Richter

Russland hat einen Haftbefehl gegen einen Richter des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) erlassen, der im März einen Haftbefehl gegen Präsident Wladimir Putin wegen Kriegsverbrechen erlassen hatte, berichtete die russische Nachrichtenagentur TASS nach Angaben von Reuters. Der Richter Sergio Gerardo Ugalde Godinez wurde, wie TASS demnach berichtete, in der Online-Datenbank des russischen Innenministeriums als „gesucht nach einem Artikel des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation“ aufgeführt, jedoch ohne Erwähnung ihres angeblichen Verbrechens.

Russland hat den Großteil der IStGH-Führung auf seine Fahndungsliste gesetzt, nachdem der Gerichtshof im März Haftbefehle gegen Putin und seine Kinderbeauftragte Maria Lvova-Belova erlassen hatte, die beschuldigt wurden, Hunderte von Kindern illegal aus der Ukraine abgeschoben zu haben - ein Kriegsverbrechen.

Lada-Hersteller zu Sanktionen der USA: „Befreundete Staaten verweigern Zusammenarbeit“

Der führende russische Autohersteller AwtoWAS wurde im September dieses Jahres in die Sanktionsliste (SDN-Liste) der USA aufgenommen. Nun meldet das Unternehmen Probleme. Ausländische Banken – sowohl aus befreundeten Nachbarstaaten als auch aus unfreundlichen Ländern – würden aufgrund der Sanktionen nun Zahlungen blockieren, sagte der Präsident des Produzenten der Marke Lada, Maxim Sokolov, nach Informationen der Berliner Zeitung bei einer parlamentarischen Anhörung im Föderationsrat.

„Die Folge davon ist, dass ausländische Zulieferer, Unterlieferanten, Finanzinstitute und Banken die Zusammenarbeit mit unserer Automobilindustrie in großem Umfang verweigern“, zitiert die russische Nachrichtenagentur Interfax den Unternehmenschef. Sowohl Zahlungsausgänge als auch -eingänge seien betroffen. Sokolov erklärt sich die Blockierung mit dem Risiko von amerikanischen Sekundärsanktionen bei den ausländischen Banken, das heißt: Die USA könnten auch sie sanktionieren, wenn sie weiterhin mit AwtoWAS kooperieren würden.

Letzte Woche erklärte Sokolov vor Journalisten am Rande der Ausstellung „Transport of Russia – 2023“, dass die Aufnahme von AwtoWAS in die Sanktionsliste der Vereinigten Staaten das Unternehmen gezwungen habe, seine zuvor angekündigten Pläne zur Produktion von 400.000 Autos in diesem Jahr anzupassen. Das tatsächliche Produktionsvolumen falle etwa zehn Prozent geringer aus. Sokolov wies zudem darauf hin, dass es zu einem „wiederholten Ausfall von Logistik- und Finanzketten und vielem mehr“ gekommen sei, sobald AwtoWAS auf der Liste des amerikanischen Finanzministeriums stand. Nach dem Angriff auf die Ukraine wurde im Mai vergangenen Jahres der russische Staat erstmals der größte Anteilseigner des Unternehmens.

[Lada-Hersteller zu Sanktionen der USA: „Befreundete Staaten verweigern Zusammenarbeit“ \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de/lada-hersteller-zu-sanktionen-der-usa-befreundete-staaten-verweigern-zusammenarbeit-berliner-zeitung.de)

China füllt Lücken in Russland

Nach Informationen der Süddeutschen Zeitung liefert China immer mehr LKW nach Russland und befriedigt damit den durch den Krieg wachsenden Bedarf. Gleichzeitig werden die durch den Rückzug westlicher Konzernen auftretenden Lücken gefüllt. Während es vor der Invasion der Ukraine und der Corona-Pandemie im Jahr 2019 in Russland monatlich etwa 6000 Zulassungen von LKW gab, ist die Zahl zuletzt auf mehr als 14000 angestiegen, zeigt eine Auswertung des Datendienstleisters Barkow Consulting. Allerdings konnten die russischen Produktionskapazitäten diesen Nachfrageschub nicht stemmen. Gleichzeitig hatten sich westliche Hersteller von März 2022 an vom russischen Markt verabschiedet. „China hat den Mehrbedarf und die Ausfälle durch die Sanktionen innerhalb eines Jahres vollständig ausgeglichen“, heißt es im Barkow Consulting, deren Experten einen Bericht der russischen Zentralbank ausgewertet haben. Die Daten zeigten, dass China vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine nahezu keine Lastwagen nach Russland geliefert hatte - danach aber immer mehr.

"Die Volksrepublik China liefert zwar immer noch keine Waffen direkt an Russland, aber sie liefert Material und Ausrüstung, die dazu beitragen, Russlands Krieg und die Besetzung ukrainischen Territoriums zu unterstützen", schreiben Experten der Denkfabrik Atlantic Council. Unterstützung aus China gebe es auch für den russischen Finanzsektor: Die chinesischen Banken haben nach Kriegsbeginn deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt. Nachdem westliche Institute ihre Geschäftsbeziehungen abgebrochen hatten, soll sich Chinas Kreditvergabe nach Russland fast vervierfacht haben. Die US-Geheimdienste berichten, dass Russland und China ihren Handel immer stärker in der chinesischen Währung Yuan und nationalen Zahlungssystemen abwickeln. So möchte Russland den Kontrollen und Sanktionen des Westens entgehen.

Ein weiteres Beispiel seien Kugellager. Sie sind wichtiger Bestandteil von Panzern. Russland hatte seinen Bedarf vor 2022 im Westen gedeckt. Nun kommen die Kugellagerimporte nach SZ-Informationen ebenfalls aus China.

[Ukraine-Krieg: China-Trucks für Russlands Krieg - Wirtschaft - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ukraine-krieg-china-trucks-fuer-russlands-krieg-wirtschaft-sz.de-sueddeutsche.de)

5. USA

USA gehen gegen Tanker vor

Das OFAC hat drei Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und drei Schiffe sanktioniert, die Dienstleister der Price Cap Coalition in Anspruch genommen und russisches Rohöl oberhalb der von der Koalition vereinbarten Preisobergrenze befördert haben. Neu gelistet wurden:

- Kazan Shipping Incorporated mit Sitz in den VAE, Progress Shipping Company Limited und Gallion Navigation Incorporated
- die Schiffe Kazan, Ligovsky Prospect und NS Century.

[Treasury Sanctions Additional Maritime Companies, Vessels Transporting Oil Sold Above the Coalition Price Cap | U.S. Department of the Treasury](#)

Mit den Maßnahmen wollen die USA den Druck auf die „Schattenflotte“ erhöhen, die von Russland aufgebaut wurde, um Öl zu transportieren und die westlichen Sanktionen zu umgehen. Dies berichtet die Moskow Times. „Schiffahrtsunternehmen und Schiffe, die am russischen Ölhandel beteiligt sind und die Dienste der Price Ceiling Coalition in Anspruch nehmen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass wir sie im Falle von Verstößen zur Rechenschaft ziehen werden“, sagte der stellvertretende US-Finanzminister Wally Adeyemo in einem Kommentar zu den Sanktionen. Die USA wollen den Kreml von den Gewinnen abschneiden, die den Krieg mit der Ukraine finanzieren, und beabsichtigen, diejenigen, die dabei helfen, die „Preisobergrenze“ zu verletzen, „unnachgiebig“ zu bestrafen.

LNG-Sanktionen gegen Russland – Japan befürchtet negative Auswirkungen

Die USA haben Anfang November neue weitgehende Sanktionen gegen Russland verhängt. Dabei ging Washington auch gegen Russlands großes Flüssigerdgas-Projekt Arctic LNG-2 und damit indirekt gegen den größten russischen LNG-Lieferanten Novatek vor. Neben dem russischen und den westlichen Unternehmen ist auch das Konsortium Japan Arctic LNG aus Mitsui & Co und Jorgmec an dem Projekt beteiligt, wie jetzt die Berliner Zeitung berichtet. Die Japaner seien nun besorgt, dass die Sanktionen der USA negative Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes haben könnten. Arctic LNG-2 soll etwa drei Prozent der japanischen LNG-Importe decken.

Im vergangenen Jahr importierte Japan die größten Mengen an LNG und wurde mit rund 72 Millionen Tonnen zum Hauptimporteur des Flüssiggases. Das Land verfügt über Lieferverträge und Beteiligungen an Projekten auf der ganzen Welt, um die Importe zu garantieren. Durch das sibirische Projekt, das bereits kommenden Monat in Angriff genommen werden soll, sicherte sich das asiatische Land eine riesige Menge an Flüssiggas. Sobald die Anlage in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts vollständig in Betrieb

ist, hat Japan als Anteilseigner nämlich einen jährlichen Anspruch auf zwei Millionen Tonnen LNG beziehungsweise drei Prozent der Gesamtimporte, heißt es weiter seitens der britischen Nachrichtenagentur Reuters.

„Ein gewisses Maß“ an Auswirkungen der Sanktionen der USA gegen das Projekt sei „unvermeidlich“, sagte nun der japanische Industrieminister Nishimura gegenüber Reportern. „Wir werden mit den Ländern der Gruppe der Sieben (G7, Anm. d. Red.) zusammenarbeiten, um ein umfassendes Urteil zu fällen und angemessen zu reagieren, um die stabile Energieversorgung unseres Landes nicht zu beeinträchtigen“, so der Minister.

[USA sanktionieren Russlands LNG-Projekt: Nun sind die Japaner besorgt \(berliner-zeitung.de\)](https://www.berliner-zeitung.de)

Neue US-Sanktionen zielen auf „Russlands böartigen Einfluss“ auf dem Balkan

Das US-Finanzministerium hat am 16. November eine Reihe von Sanktionen gegen acht Personen und sechs Einrichtungen auf dem Balkan verhängt, die beschuldigt werden, „die Korruption aufrechtzuerhalten und den böartigen Einfluss Russlands“ in der Region zu ermöglichen, dies berichtet Radio Free Europe. Zu den Sanktionen gehören bosnische Politiker, die des organisierten Verbrechens in Montenegro beschuldigt werden, sowie Firmen und Führungskräfte in Nordmazedonien, die mit sanktionierten Russen in Verbindung stehen.

„Russland hat seinen Einfluss auf dem Westbalkan weiterhin genutzt, um die Integration der Region in internationale Institutionen und Organisationen zu behindern und wichtige Gerichtsbarkeiten zu nutzen, um seine aggressiven, destabilisierenden Aktivitäten zu erleichtern“, sagte Brian Nelson, Staatssekretär für Terrorismus und Finanzinformationen, in einer Pressemitteilung. Drei der Personen, gegen die Sanktionen verhängt werden sollen, sind die Politiker der Republika Srpska, Savo Cvjetinovic, Mitglied des Vorstands der politischen Partei des Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, Petar Djokic, Minister für Industrie, Energie und Bergbau der Republika Srpska, und Dusko Perovic, langjähriger Leiter des Büros der Republika Srpska in Moskau.

Änderung der General License 76

Das OFAC hat die Russland-bezogene Generallizenz 76A „Authorizing the Wind Down of Transactions Involving Certain Entities Blocked on November 2, 2023“ herausgegeben, in der klargestellt wird, dass die Russland-bezogene Generallizenz 76 für die Public Joint Stock Company Saint Petersburg Exchange gilt (in der GL vom 2. November 2023 wurde der Name des Unternehmens fälschlicherweise als Saint Petersburg Stock Exchange angegeben).

[Issuance of Russia-related General License | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](https://www.treasury.gov)

Sanktionen gegen Schlächter von „Butscha“

Die US-Regierung verhängt nach Angaben des Berliner Tagesspiegels Einreiseverbote gegen zwei russische Militärs wegen Beteiligung an „schweren Menschenrechtsverletzungen“. Die Maßnahme betreffe zum einen Asatbek Omurbekow, der als „Schlächter von Butscha“ bekannt sei, teilte demnach das US-Außenministerium am 20. November mit. Die US-Regierung wirft ihm „außergerichtliche Tötungen unbewaffneter ukrainischer Zivilisten“ in dem Dorf Andrijiwka in der Ostukraine vor. Er habe seine Einheit auch nach Butscha geführt, wo diese „Zivilisten tötete, schlug, zerstückelte, verbrannte und Scheinhinrichtungen durchführte“. Die Europäische Union hatte Omurbekow bereits vor einiger Zeit auf die Sanktionslisten gesetzt.

Die US-Regierung setzt wegen Tötungen in Andrijiwka zum anderen Gardekorporal Daniil Frolkin auf die Sanktionsliste. Infolge der Sanktionen können Omurbekow, Frolkin und ihre unmittelbaren Familienangehörigen nicht mehr in die USA einreisen.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Weitere Personenlistungen

Der britische Außenminister hat 29 Personen und Einrichtungen benannt, die in Russlands Gold-, Öl- und strategischem Sektor tätig sind oder diesen unterstützen. Die Benennungen umfassen:

- ein in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässiges Netzwerk, das angeblich Goldeinnahmen nach Russland leitet; es besteht aus Paloma Percious DMCC und Paramount Energy & Commodities DMCC und wird von dem in Dubai ansässigen simbabwischen Staatsbürger Howard Jon Baker geleitet;
- zwei der größten Goldproduzenten Russlands, Nord Gold PC mit Sitz im Vereinigten Königreich und Highland Gold Mining Ltd. mit Sitz auf Jersey;
- zwei Schweizer Staatsangehörige, Francois Edouard Mauron und Walter Moretti;
- die russischen Geschäftsleute, Vladislav Sviblov und Konstantin Strukov.

[Notice Russia 081123.pdf \(publishing.service.gov.uk\)](#)

Warnung für Finanzinstitutionen wegen Umgehungen beim Goldhandel

Die britische National Crime Agency (NCA) hat eine eindrückliche Warnung (roter Alarm) an Finanzinstitutionen herausgegeben, um das Bewusstsein für die Verwendung von Gold zur Umgehung von Sanktionen zu schärfen und Präventivmaßnahmen einzuleiten.

Erläutert werden darin:

- die einschlägigen Sanktionsmaßnahmen
- eine Zusammenfassung der üblichen Umgehungstechniken und der Beteiligung von Drittländern sowie die verschiedenen Typologien für Minengold, recyceltes Gold, Anlagegold, fertige Goldartikel und die Verwendung von Finanztiteln auf Goldbasis
- Indikatoren für die Umgehung von Sanktionen, darunter: verdächtige Frachtbewegungen, Gold aus Konfliktregionen, neue Kunden, die große Mengen an recyceltem Gold nachfragen, unvollständige Papiere, ungeklärter Reichtum in den Steuererklärungen von Unternehmen, angegebene Herkunft von Goldartikeln, die nicht der erwarteten Qualität entsprechen, und Transaktionen auf Bargeldbasis
- Leitlinien von anderen Institutionen für die Branche.

[file \(nationalcrimeagency.gov.uk\)](#)

[NCA warns of abuse of gold to evade sanctions - National Crime Agency](#)

Kanada

Sanktionen wegen russischer Desinformation

Kanadas Außenministerin Mélanie Joly hat bekannt gegeben, dass Kanada neun Personen und sechs Einrichtungen wegen ihrer mutmaßlichen Rolle bei der russischen Desinformation und Kriegspropaganda zur Förderung des Krieges in der Ukraine sanktioniert hat:

Igor Sergejewitsch IVANOV, Iwan Nikolajewitsch TIMOFEEV, Aleksandr Oganowitsch CHUBARYAN, Alexander Jewgenjewitsch KONKOV, Andrej Michailowitsch ILNITSKY, Dmitri Wjatscheslawowitsch SUSLOV, Andrej Andreevitsch SUSHENTSOV, Oleg Nikolajewitsch BARABANOV und Sara Lvovna SHOR

Einrichtungen/Medien:

Das Zentrum für sozial-konservative Politik Non-Commercial Partnership, das Institut für Staat und Recht (ISL) der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAS), Russia Beyond, die Zeitung Izvestia, die Zeitung Parliamentskaya Gazeta und REN-TV.

[Minister Joly announces additional sanctions in response to Russia's ongoing violation of Ukraine's sovereignty and territorial integrity - Canada.ca](https://www.canada.ca/en/foreign-affairs/news/2023/11/minister-joly-announces-additional-sanctions-in-response-to-russia-s-ongoing-violation-of-ukraine-s-sovereignty-and-territorial-integrity.html)

Geschäftsmann Boyko erreicht Sanktionsbefreiung

Der Eigentümer von Finstar, der Geschäftsmann Oleg Boyko, hat das kanadische Außenministerium, das die Sanktionen verhängt, verklagt und erreicht, dass diese aufgehoben wurden, wie Forbes erfahren hat. Boyko wurde von der Liste der Personen gestrichen, gegen die die kanadische Regierung zuvor beschlossen hatte, Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu verhängen. Dies wurde Forbes vom Pressedienst von Boyko mitgeteilt. Die Änderungen an der Liste der untersanktionierten Personen wurden auf Empfehlung des kanadischen Außenministers vorgenommen. Die Sanktionen wurden im November 2023 aufgehoben.

Ukraine

Sanktionen gegen Fridman

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hat den Erlass 739/2023 in Kraft gesetzt, der neun Unternehmen sanktioniert, die angeblich mit dem russischen Geschäftsmann Mikhail Fridman verbunden sind:

- die Sogeral Foundation mit Sitz in Liechtenstein und die CTF Holdings S.A. mit Sitz in Luxemburg, Haberfield Limited mit Sitz in Zypern, Alfa Finance Holdings Limited, Slavisilla Holdings Limited, Erasmony Limited, Rissa Investments Limited, International Distribution Systems Limited und Dendar Investment Fund Limited.

[Head of State approves NSDC sanctions against nine foreign companies \(ukrinform.net\)](https://www.ukrinform.net/rubric/ukraine/3210000)

7. Blick über den Tellerrand

China kontrolliert Ausfuhr Seltener Erden

Die staatliche chinesische Nachrichtenagentur berichtet, dass die chinesische Regierung Seltene Erden in die Liste der Massengüter aufgenommen hat, deren Ein- und Ausfuhr der Regierung gemeldet werden muss. Seltene Erden sind chemische Elemente, die in einer Vielzahl von Produkten verwendet werden, von der High-Tech-Unterhaltungselektronik bis hin zu Waffen. China liefert mehr als 85 Prozent der weltweiten Seltenen Erden.

Anfang des Jahres wurde berichtet, dass China ein Verbot der Ausfuhr von Technologien zur Verarbeitung und Magnetisierung von Seltenen Erden vorbereitet.

[China to strengthen regulations governing rare earths export: Commerce Ministry \(ecns.cn\)](https://ecns.cn)

Die EU führt humanitäre Ausnahmen für zehn Sanktionsregime ein

Die EU hat für zehn Sanktionsregime Ausnahmen für humanitäre Zwecke eingeführt, die es bestimmten Kategorien von Akteuren der humanitären Hilfe ermöglichen, ohne vorherige Genehmigung Transaktionen mit aufgelisteten Personen und Einrichtungen durchzuführen, wenn der Zweck darin besteht, humanitäre Hilfe zu leisten oder die Grundbedürfnisse von Menschen in Not zu unterstützen.

Die EU wird diese zusätzlichen Ausnahmen regelmäßig überprüfen, um ihre Angemessenheit zu bewerten. Die zehn Sanktionsregime betreffen Bosnien und Herzegowina, Burundi, Guinea, Libanon, Myanmar, Nicaragua, Tunesien, Venezuela, Simbabwe sowie das Thema Cyberangriffe.

Humanitäre Ausnahmen gelten bereits für UN-Sanktionsregelungen auf EU-Ebene und gemischte UN/EU-Sanktionsregelungen, bei denen EU-Maßnahmen die UN-Sanktionen ergänzen.

[EUR-Lex - 32023R2694 - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](https://eur-lex.europa.eu)

8. Termine

1. Dezember: Sitzung des OA-Arbeitskreises Russland / Online

Hiermit möchten wir Sie herzlich zur Sitzung des Länderarbeitskreises Russland unter Leitung von Dr. Stephan Eder, Executive Vice President Europe & Germany bei STADA und Länderkreissprecher Russland im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, einladen.

Die Sitzung findet im **Online-Format am Freitag, den 1. Dezember 2023, von 09:00 bis 10:30 Uhr (MEZ)** statt.

Wir würden uns sehr über Ihre Teilnahme freuen und bitten um eine **Rückmeldung bis zum 30. November 2023 um 13 Uhr** .

Die Veranstaltung richtet sich an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Bei Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte an:

Christiane Schuchart, c.schuchart@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Die **Russland-Analysen feiern ihren 20. Geburtstag**. In der soeben erschienenen 442. Ausgabe geht es wie fachlich fundiert, wie gewohnt, um eine Bilanz der Russischen Politik seit 2009 und das Erstarken konservativer und chauvinistischer Kräfte im Land:

[Russland-Analysen Nr. 442 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Die neue Ausgabe der **Ukraine-Analysen** konzentriert sich auf den Blick des Globalen Südens auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine. Dazu werden Umfragen vorgestellt und die ukrainische Diplomatie bewertet.

[Ukraine-Analysen Nr. 291 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

Alle bisherigen **EU- Sanktionspakete** in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of High Priority Battlefield Items \(Version of September 2023\) \(europa.eu\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 12.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

FAQ der EU zu den Sanktionen:

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ können Sie über diese Seite verfolgen:
[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und

Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aebrus.ru\)](http://www.aebrus.ru)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Spendenaufuf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufuf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Andreas Metz
Leiter Public Affairs
T. +49 (0)30 206167-120
A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de
LinkedIn | Facebook | Twitter @OstAusschuss